



Ausschuss für Kultur und Medien

3. Sitzung (öffentlich)

10. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 15:28 Uhr

Vorsitz: Christina Osei (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 | Aussprache zu den medienpolitischen Schwerpunkten der Landesregierung in der 18. Wahlperiode | 6 |
| | Vorlage 18/353
Ausschussprotokoll 18/50 | |
| | – Wortbeiträge | |
| 2 | Gesetz zur Vermeidung von Gendersprache in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks (Gendersprache-Vermeidungsgesetz WDR) | 16 |
| | Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1368 | |

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

- 3 Wie setzt sich die Landesregierung für die medienrechtlichen Interessen NRWs im Gesetzgebungsprozess des European Media Freedom Act ein? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])** 17
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/390
- Wortbeiträge
- 4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)** 19
- Bericht
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
- Vorlage 18/367 (Erläuterungsband zu EP 02)
Vorlage 18/371 (Erläuterungsband zu EP 06)
- Einführung in den Einzelplan 02 – Ministerpräsident – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses durch den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei
 - Einführung in den Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Medien – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses durch die Ministerin für Kultur und Wissenschaft
 - Einführung durch Minister Nathanael Liminski (MBEIM)
 - Einführung durch Ministerin Ina Brandes (MKW)
 - Wortbeiträge
- 5 Aussprache zu den kulturpolitischen Schwerpunkten der Landesregierung in der 18. Wahlperiode** 24
- Ausschussprotokoll 18/50
- Wortbeiträge

6 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise 35

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig darauf, den TOP in der nächsten Sitzung zu behandeln.

7 Verschiedenes 36

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig darauf, den TOP in der nächsten Sitzung zu behandeln.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Christina Osei weist im Nachgang zu einem organisatorischen Hinweis in der letzten Sitzung darauf hin, dass Sitzungen dieses Ausschusses künftig grundsätzlich mit den Medien-Themen begännen.

1 **Aussprache zu den medienpolitischen Schwerpunkten der Landesregierung in der 18. Wahlperiode**

Vorlage 18/353

Ausschussprotokoll 18/50

Vorsitzende Christina Osei leitet ein, in der letzten Sitzung habe Minister Liminski zu den medienpolitischen Schwerpunkten der Landesregierung in der 18. Wahlperiode berichtet. Der Minister habe im Nachgang seinen Vortrag schriftlich zur Verfügung gestellt. Inzwischen liege auch das Ausschussprotokoll 18/50 vor. In der heutigen Sitzung erfolge die Aussprache.

Sven Werner Tritschler (AfD) bedankt sich beim Minister für seine Ausführungen und das zeitnahe Zusenden seines Vortrags.

Insgesamt schein die NRW-Medienpolitik, wenn man es positiv ausdrücken wolle, für Kontinuität, wenn man es negativ ausdrücken wolle, für Stillstand zu stehen. Bezeichnenderweise habe der Minister seine Ausführungen damit eingeleitet, eine bisher nie dagewesene Maßnahme der EU, nämlich die Sperrung ausländischer Medienangebote, wie es zum Beispiel China regelmäßig mache und für die es in den Verträgen keinerlei Grundlage gebe, zu rechtfertigen. Dies wecke leider keine großen Hoffnungen für die kommende Legislatur.

Des Weiteren habe der Minister über den European Media Freedom Act berichtet, dem er positiv entgegentsehe. Der Begriff „Freedom“ sei etwas fraglich. Der Minister lobe dies, weil im vermeintlich unfreien Ungarn und Polen die EU nun eine gewisse Kompetenz über die Medienpolitik an sich ziehen wolle, womit in Kauf genommen werde, dass dies auch in Deutschland gelten werde. Damit werde nach Auffassung seiner Fraktion die Medienhoheit der Länder, die deutsche Verfassungstradition sei, ein Stück weit geschleift, und das in einem der wenigen Politikbereiche, in dem die Länder noch vorrangig zuständig seien. Dies erschließe sich aus der Sicht eines Landespolitikers nicht. Irgendwann werde die Frage aufkommen, warum Länder noch benötigt würden, wenn doch alle Kompetenzen auf den Bund oder auf die EU abgewälzt würden.

Bezüglich der Unterstützung des Lokaljournalismus sei man ganz bei der Landesregierung. Dies sei für die Demokratie, insbesondere für die kommunale Demokratie unerlässlich. Allerdings hänge man nicht so sehr an alten Geschäftsmodellen, wie es beim Minister etwas durchgeklungen sei. Es sei unübersehbar, dass gedruckte Tageszeitungen ein Geschäftsmodell von gestern seien. Statt den Strukturwandel in der Branche zu verlängern, sollte man eher neue innovative Projekte fördern. Davon habe man leider zu wenig gehört. Von daher lehne seine Fraktion – dies habe man bereits durch einen Antrag untermauert – jede Subvention solcher veralteter Geschäftsmodelle ab. Das Verteilen von Nachrichten vom Vortag in gedruckter Form zur Infrastrukturleistung umzudeklarieren, sei nicht glaubwürdig und letztlich ein Versuch, etwas zu zementieren, was wirtschaftlich nicht mehr überlebensfähig sei. Das Geld wäre sicherlich besser in schnellen, leistungsfähigen und flächendeckenden Kommunikationsnetzen aufgehoben.

Es habe natürlich ein Geschmäcke, wenn man sich die Querverbindungen zwischen einzelnen Verlagen und politischen Akteuren anschau. Insbesondere die SPD habe eine ganze Reihe von direkten Verlagsbeteiligungen.

Schließlich kritisiere er die unambitionierte Haltung der Landesregierung im Zusammenhang mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der Minister sei aus der CDU, deren Chef wiederholt lautstark Reformen bei den Anstalten fordere. In der Regierungserklärung stehe dazu jedoch nichts. Man bleibe sogar hinter dem WDR-Intendanten zurück. Es sei ein Stück weit bemerkenswert, dass der Mann, der am meisten vom Status quo im Öffentlich-Rechtlichen profitiere, offensichtlich reformwilliger sei als die Landesregierung.

Er halte zusammenfassend fest, dass der Übergang von Schwarz-Gelb zu Schwarz-Grün mit wenigen bis gar keinen medienpolitischen Impulsen einhergehe. Umso kritischer werde seine Fraktion dies betrachten.

Alexander Vogt (SPD) legt dar, aus Sicht seiner Fraktion sei es gut, dass das Thema „Medienvielfalt“ ein kontinuierlicher Punkt der nordrhein-westfälischen Medienpolitik sei. Die SPD-Fraktion habe sich in den vergangenen Jahren immer wieder dafür starkgemacht, dass gerade die Bereiche, die es wirtschaftlich besonders schwierig hätten, aber gleichzeitig für die publizistische Vielfalt im Land sehr wichtig seien, gestärkt würden. Von daher werde die Landesregierung die SPD an ihrer Seite haben, wenn es darum gehe, den Lokalfunk weiterhin zu stärken und dafür zu sorgen, dass es weiterhin eigenständige Redaktionen in den verschiedenen Verbreitungsgebieten und unabhängige Tageszeitungen, die flächendeckend verteilt werden könnten, gebe.

Um eine unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten, sei für die zukünftige Medienpolitik der Schutz der Medienschaffenden wichtig. In der vergangenen Legislaturperiode habe man auf Anregung der SPD einen gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen beschlossen, dass insbesondere Medienschaffende bei Demonstrationen und bei anderen Veranstaltungen vor Bedrohungen und Übergriffen geschützt werden müssten. Aus Sicht seiner Fraktion müsse dieses Thema auch in der zukünftigen Periode angegangen werden. Durch politische Maßnahmen müsse sichergestellt werden, dass Medienschaffende unabhängig und frei berichten könnten.

Das Thema „Medienkompetenz“ habe der Minister in verschiedenen Bereichen angesprochen. Ihn interessiere, was die Landesregierung bezüglich der Medienkompetenz in Schulen zu tun gedenke. Die Regierung von Hannelore Kraft habe damals den Medienpass eingeführt. Die darauf folgende Landesregierung habe dies durch einen Medienkompetenzrahmen erweitert. Letztendlich liege es in der Verantwortlichkeit der jeweiligen Schule, inwieweit Medienkompetenz vermittelt werde. Von daher wolle er wissen, welche Möglichkeiten gesehen würden, das Thema „Medienkompetenz in der Schule“ noch weiter zu stärken.

An sich wisse die Landesregierung die SPD an ihrer Seite, wenn es darum gehe, die Medienvielfalt in diesem Land zu stärken. Über das eine oder andere Thema habe man in der vergangenen Legislaturperiode gestritten. Insbesondere die Arbeitsbedingungen im journalistischen Bereich seien ein wichtiger Bestandteil für einen qualitativ

hochwertigen Journalismus. Dies sei ein Themenschwerpunkt, den er in den Ausführungen des Ministers etwas vermisst habe.

Andrea Stullich (CDU) bedankt sich beim Minister für die Verlängerung der Corona-ausfallfonds für die Film- und Fernsehproduktionen. Dies sei für die Branche sehr wichtig, um auch in Pandemiezeiten weiter zu produzieren. Nach den aktuellen Zahlen sei in Nordrhein-Westfalen das Produktionsvolumen für TV, Kino und Streamingdienste trotz der schwierigen Coronabedingungen kaum gesunken, im Bereich Entertainment sogar gestiegen. Dies sei ein ganz toller Erfolg und natürlich der starken Stellung des TV-Standorts Nordrhein-Westfalen zu verdanken, für das man gute Rahmenbedingungen geschaffen habe. Dazu zähle sie ausdrücklich die Coronaausfallfonds. Nordrhein-Westfalen habe ja diese Fonds maßgeblich mit auf den Weg gebracht. Dass diese nun verlängert worden seien, finde sie richtig.

Ferner bedanke sie sich beim Minister für die umfassende Darstellung des medienpolitischen Programms für Nordrhein-Westfalen. Ihre Fraktion finde es wichtig und richtig, dass die europäische Medienpolitik, namentlich die Problematik rund um den European Media Freedom Act, deutlich angesprochen worden sei und dass die Rundfunkkommission der Länder in großer Einigkeit betont habe, alle Möglichkeiten – notfalls auch rechtliche – auf nationaler und europäischer Ebene ausschöpfen zu wollen, um die Vielfalt zu sichern. Dabei würden die CDU-Fraktion, die Koalition und vielleicht auch alle darüber hinaus gerne unterstützen. Nordrhein-Westfalen nehme nämlich nicht in Kauf, dass der Entwurf in Deutschland genauso gelten solle.

Vielfaltssicherung im Journalismus sei ein zentrales Anliegen der CDU. Dies habe der Bericht des Ministers sehr deutlich gemacht. Von daher gebe es die volle Unterstützung für die Anschubfinanzierung für das Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog. Wie qualitätsvoller Journalismus auch in Zukunft bestehen könne und was die Menschen eigentlich erwarteten, um auch in Zukunft noch Geld für Journalismus auszugeben, diese zentralen Fragen stünden beim Bonn Institute im Mittelpunkt. Sie finde die Idee, Journalismus als zentrales Element der Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit neu zu denken, sehr wichtig. Von daher begrüße sie es, dass sich das Land NRW hierfür einsetze.

Darüber hinaus sei der Minister auf die Strukturanalyse im Lokalfunk eingegangen. Aus Sicht ihrer Fraktion sei es richtig, dass es für die Analyse die Vorgabe gebe, die lokale Vielfalt der 44 Sender zu erhalten. Sie unterstreiche, was der Minister gesagt habe, dass der Lokalfunk ein – Zitat – „unverzichtbares Element der Medienvielfalt in NRW“ sei. Die Analyse, die nun auf dem Weg sei, lege nicht nur den Finger in die Wunde, sondern zeige auch die Perspektiven auf. Eine der Herausforderungen dieses Prozesses sei, die starken Lokalfunkmarken flächendeckend und wirtschaftlich erfolgreich in die digitale Medienwelt zu überführen. Die Sender müssten wirtschaftlich tragfähig aufgestellt werden, um lokale und inhaltliche Vielfalt und natürlich auch Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern. Deswegen finde sie es gut, dass der Prozess erst einmal darauf ausgerichtet sei, dass es ein freiwilliges Miteinander gebe, und nicht als erstes wieder nach dem Gesetzgeber gerufen werde. Der Lokalfunk sei aus sich selbst heraus, aus eigener Stärke heraus zu Reformen bereit. Insofern trage ihre Fraktion die

Ziele, die der Minister vorgestellt habe, mit, zumal vieles die Fortschreibung dessen sei, was man in der vergangenen Wahlperiode erfolgreich auf den Weg gebracht habe, übrigens vieles in großer Geschlossenheit. Das Medienland NRW sei vielfältig und großartig. Man werde mit Kräften darum kämpfen, dass dies so bleibe.

Ralf Witzel (FDP) schickt vorweg, dass man, nachdem man in einer anderen Rollenverteilung in den letzten fünf Jahren gemeinsam vieles vorangebracht habe, sich auch in den nächsten Jahren in Fragen der Medienpolitik konstruktiv einbringen werde. Dies bedeute, dass man nicht aus Prinzip etwas kritisiere, wenn man es eigentlich richtig finde, umgekehrt aber, dass man sich jederzeit die Freiheit gestatten werde, Akzentunterschiede und konzeptionell andere Vorstellungen offen anzusprechen. Wenn der Minister für Vorhaben, die im Landesinteresse stünden, Unterstützung seitens der Opposition benötige, könne er jedenfalls für die FDP-Fraktion sagen, dass der Minister seine Fraktion gerne ansprechen könne.

Dies unterlege er mit einem konkreten Angebot. Einige seiner Vorredner hätten bereits Position zum European Media Freedom Act bezogen. Seiner Ansicht nach habe der Minister mit Blick auf die grundsätzliche Einordnung, die er in der letzten Sitzung vorgenommen habe, recht, auch was das Problembewusstsein angehe, an welchen Stellen man als Land im Rahmen der Gestaltungsverantwortung aufpassen müsse, dass die EU in ihren Vorstellungen nicht zu weit gehe, in Fragen einzugreifen, die besser auf Landesebene geregelt werden könnten. Insofern sei es ein gemeinsames Projekt, die weiteren Entwicklungen im Blick zu behalten, zumal über die unterschiedlichen politischen Ebenen das Land Nordrhein-Westfalen nicht alleine werde agieren können, wenn man etwas erreichen wolle, sondern den Zusammenschluss mit anderen Bundesländer, Bund und EU suchen sollte.

Die Abgeordnete Stullich habe die Filmförderung und den Fonds angesprochen. Dies hätte sie etwas selbstbewusster tun können. Für die Mittelfreigabe müsse nicht der Landesregierung gedankt werden, sondern dies mache der Haushaltsgesetzgeber. Insofern sollte den Abgeordneten im Haushalts- und Finanzausschuss für die Freigabe von Mitteln gedankt werden. Die Regierung als Exekutive dürfe das dann ausgeben, was das Parlament bewillige.

In seinen Ausführungen zur Filmförderung habe der Minister in seinem Ausblicksbericht für die 18. Wahlperiode angedeutet, dass zukünftig die Kriterien für die Filmförderung Nachhaltigkeit, die Einhaltung sozialer Standards und Diversität sein sollten. Hier interessiere ihn, was das für die strukturelle Änderung in der Förderung bedeute und wie das im Vollzug operationalisiert werden solle.

Des Weiteren habe der Minister bezüglich der Stabilisierung der Informationen durch Lokalzeitungen gerade in der Fläche deutlich gemacht, dass man die Diskussionen auf Bundesebene konstruktiv begleiten wolle. Er wolle wissen, ob es diesbezüglich auch eigene Ziele und Akzente der Landesregierung gebe.

Darüber hinaus habe der Minister die Gesamtstrategie Radio NRW 2022 angesprochen. Hier frage er, ob Handlungsbedarf über bisheriges Handeln der früheren Landesregierung hinaus bestehe und ob Probleme in der Wirtschaftlichkeit und in der

flächendeckenden Versorgung des Lokalfunks sowie der Bedarf einer verstärkten Kooperation oder Fusion kleinerer Sender gesehen werde.

Abschließend bitte er um eine Präzisierung, welche konkreten Reformvorhaben die Landesregierung im Bereich WDR-Gesetzgebung verfolge. Laut den Ausführungen des Ministers werde die Landesregierung den WDR unterstützen, indem erforderliche Rahmenbedingungen nachjustiert würden. Er bitte um eine Konkretisierung, in welche Richtung gedacht werde.

Anja von Marenholtz (GRÜNE) bedankt sich für die Ausführungen des Ministers.

Niemand werde es verwundern, dass ihrer Fraktion die Medienkompetenzförderung, die eine Neukonzeption erfahre, sehr wichtig sei, denn gerade in diesen Zeiten müssten Fake News entgegengewirkt werden.

Auch die Stärkung von Lokalfunk, Stipendien und Lokalpresse sei ein wichtiger Bestandteil, um Fake News entgegenzuwirken. Auch dies unterstütze ihre Fraktion.

Gleiches gelte für den European Media Freedom Act. Sie erkenne das gute Ansinnen der EU, dort zu agieren. Es gebe auch gute Gründe dafür. Nichtsdestotrotz könne es für Deutschland und NRW problematisch sein. Insofern sollte mit lauter Stimme aus NRW dafür geworben werden, dass es auch Länder gebe, in denen die Staatsferne ein hohes Gut sei.

Sehr wichtig finde ihre Fraktion die Stärkung der Games-Sparte, weil dort ein junges Publikum angesprochen werde und sich gesehen fühle.

Darüber hinaus begrüße sie Anstrengungen, dass Institute bzw. Stiftungen die Problematik der Preissteigerungen in vielen Bereichen gut bewältigen könnten.

Abschließend bedanke sie sich dafür, dass der Coronaausfallfonds fortgesetzt werde. Damit werde die Branche ermutigt, nicht nachzulassen und Projekte nicht zurückzustellen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) bedankt sich für die ausführliche Aussprache, die er als Sinnbild für das große Interesse und die Leidenschaft nehme, mit der hier Medienpolitik betrieben werde.

Wenn die AfD-Fraktion Stillstand wahrnehme, sei er als Vertreter der Landesregierung insofern beruhigt, als die Bewegung, die sich die AfD wünsche, nicht diejenige wäre, die sich die Landesregierung wünsche. Dies sei der Nachweis, dass es richtig verstanden worden sei, wie die Landesregierung ihre Medienpolitik ausrichte.

Bezüglich des EU-Verbots der Russlandsender habe er bereits in der kleinen Regierungserklärung deutlich gemacht, dass er immer dafür eintreten werde, sehr sensibel zu sein, wenn es darum gehe, solche Eingriffe in den Medienmarkt vorzunehmen. Er habe auch geäußert, dass die Begründung der EU-Kommission, nämlich Wirtschaftssanktion, aus seiner Sicht fragwürdig sei. Die Landesregierung teile das Ergebnis, glaube aber, dass es gegebenenfalls auch andere Mittel gegeben hätte, zu diesem Ergebnis zu kommen. Es sollte nicht zum Normalfall werden, Eingriffe in die Medien-

landschaft unter dem Rubrum „Wirtschaftssanktion“ vorzunehmen. Da müsse man als Medienpolitiker grundsätzlich immer Vorsicht walten lassen.

Zum European Media Freedom Act habe er bereits in der letzten Sitzung ausgeführt und jetzt einen ausführlichen schriftlichen Bericht vorgelegt, der unter Top 3 behandelt werde. Deswegen wolle es an dieser Stelle kurzhalten. Im Wesentlichen sei es so, wie Frau von Marenholtz und Herr Witzel es eben gesagt hätten. Das Ziel teile die Landesregierung, man könne auch verstehen, dass seitens der EU-Kommission Handlungsbedarf gesehen werde, gerade im Hinblick auf Ungarn und Polen, allerdings müsse man sich im Klaren darüber sein, dass es in vielen Mitgliedsstaaten ein fein austariertes Regulierungssystem gebe, welches man mit einer solchen Regulierung dann umstoße oder zumindest stark tangiere.

Mit Blick auf die Zeitungen habe er bereits im Plenum anlässlich eines Antrages der AfD gesagt, dass man die Planungen der Bundesregierung an der Stelle unterstütze. Dies habe man bereits in der letzten Legislaturperiode getan. Wenn es um eine Vertriebsförderung gehe, die zum Redaktionsbetrieb hinreichend distanziert sei, dann müsse man keine Sorge haben, dass das Prinzip der Staatsferne nicht eingehalten werde. Nach Auffassung der Landesregierung müsse man aber aufgrund der Gleichzeitigkeit von analogen Produkten, die von einem Teil der Kundschaft gewünscht sei, und digitalen Produkten, die von einem anderen Teil der Kundschaft gewünscht sei, zumindest für eine Zwischenzeit Verlagen helfen, ihre Produktpalette aufrechtzuerhalten, da insgesamt auch aus übergeordneten Gründen Interesse darin bestehe, weiterhin eine vitale Zeitungslandschaft in Deutschland zu haben.

Bezüglich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks habe der Abgeordnete Tritschler den Eindruck erweckt, als sei die Landesregierung weniger ambitioniert als Herr Buhrow. Die Einbringung der kleinen Regierungserklärung habe vor der Rede von Herrn Buhrow stattgefunden. Hinsichtlich der Maßstäbe sei man sehr daran interessiert, dass es einen vitalen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gebe, aber die dauerhafte Akzeptanz hänge von einem verantwortungsbewussten Umgang mit den Beitragsmitteln ab. Wenn man die Medienlandschaft der letzten Tage aufmerksam verfolgt habe, dann werde man vernommen haben, dass diese Landesregierung entschiedener als andere hinter der Bereitschaft des WDR-Intendanten stehe, hier zu einem offenen Austausch zu kommen. Er habe bereits öffentlich gesagt, dass man es richtig finde, dass ein Signal des Aufbruchs und der Offenheit gesendet worden sei. Dies zeige, dass das Problembewusstsein für die Vertrauenskrise auch in der Spitze des größten deutschen ARD-Senders angekommen sei. Dies sei aus seiner Sicht ein guter Befund. Mehr Sorge habe ihm gemacht, dass es davor in anderen Sendern Bestrebungen gegeben habe, die Debatte, die sich seit dem Sommer bahngebrochen habe, auf eine Debatte über die Ausstattung von Intendantenetagen zu beschränken und so auszublenden, dass da vieles durchgebrochen sei, was sich schon vorher an Frust und Kritik aufgestaut habe. Dies müsse anerkannt werden. Alles andere wäre fahrlässig. Insofern begrüße er diese Debatte. Unter völliger Anerkennung der Zuständigkeit als Länder sei man bereit, neue Wege zu gehen, um diesen Prozess zu beleben und im Ergebnis zu beschleunigen.

Er bedanke sich beim Abgeordneten Vogt für die erklärte Bereitschaft, möglichst parteiübergreifend daran zu arbeiten, die Medienvielfalt im Land zu erhalten. Er habe bereits in der kleinen Regierungserklärung erläutert, dass dies eine wichtige Grundlage sei, um erfolgreich zu sein.

Ein ganz zentraler Pfeiler sei der Lokalfunk, gleichzeitig ein Pfeiler, der vor anhaltend großen Herausforderungen stehe. Auch hier habe er bereits in der kleinen Regierungserklärung erkennen lassen, dass bei Anerkennung dessen, was durch die Radiostrategie 2022 ermöglicht worden sei, die Landesregierung nicht den Standpunkt vertrete, dass es dies gewesen sei, sondern man sei offen dafür, dass, wenn die Akteure im Feld der Meinung seien, dass es weitere Möglichkeiten oder auch Förderungen brauche, man darüber sprechen könne. Die Reihenfolge in diesem Prozess finde er richtig, nämlich dass die Landesanstalt für Medien schon länger als Moderator einen Prozess steuere, der die Akteure zusammenbringe, und zwar mit sehr produktiven Ergebnissen und einer sehr weitgehenden Verständigung. Die Landesregierung wolle die Entscheidungsfindung in den entsprechenden Gremien abwarten, begleite dies aber auch aktiv. Sobald ein in sich geeintes Ergebnis vorliege, sei man – dies habe man bereits den Akteuren gegenüber in einem persönlichen Austausch erklärt – bereit, darüber nachzudenken, was das Land tun könne, um diesen Prozess dauerhaft zu unterstützen. Ziel müsse sein, die redaktionelle Unabhängigkeit zu erhalten. Hierfür sei die finanzielle Unabhängigkeit jedoch ein starkes Standbein. Insofern sei man zu vielem bereit, wenn es darum gehe, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich der Lokalfunk selber dauerhaft als attraktives Geschäftsmodell unterhalten könne. Er sei gerne bereit, wenn dieser Prozess weiter vorangeschritten sei, im Ausschuss Auskunft zu ertatten, sinnigerweise gemeinsam mit dem Direktor der Landesanstalt für Medien.

Bezüglich des Schutzes für Medienschaffende gebe es einen intensiven Austausch zwischen dem DJV und dem Innenministerium, den die Staatskanzlei sozusagen flankiere, um sicherzustellen, dass der DJV alle Dinge vorbringen könne. Es sei ja nicht unbedingt eine Interessensgleichheit in allem gegeben zwischen IM und DJV. Zumindest gebe es Kritikpunkte des DJV, die nicht vollumfänglich im IM anerkannt würden. Hier habe man als Medienressort natürlich das Interesse, dass diese Kritikpunkte trotzdem vorgetragen würden. Er sei in der kommenden Woche im Vorfeld des Tages der Journalisten mit Herrn Stach und Herrn Kral verabredet, um auch über dieses Thema zu sprechen. Insofern werde man diesen Prozess weiter begleiten. Seiner Ansicht nach sei dieser im Innenministerium richtig aufgehängt, denn dort könnten die konkreten Schutzmaßnahmen generell, aber auch speziell mit Blick auf die häufige Situation von Demonstrationen am besten besprochen werden.

Was die Medienkompetenz angehe, sei man der festen Überzeugung, dass jeder Euro, der in die Medienkompetenzförderung investiert sei, ein guter Euro sei. In den nächsten Jahren werde man sich sicherlich noch häufiger darüber austauschen müssen, weil die Herausforderung immer größer werde, wenn es darum gehe, Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, fähig dafür zu sein, mit dieser Flut an Informationen umzugehen. Dies betreffe bei Weitem nicht nur jüngere Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Digitalcheck gebe es ein breit angelegtes Instrument, das mittlerweile vielfach erreichbar sei, was das Sprachangebot angehe, und sich auch großer Beliebtheit erfreue.

Der Abgeordnete Vogt habe nach der Medienkompetenzförderung in den Schulen gefragt. Die erste Zuständigkeit liege natürlich beim Schulministerium. Man belasse es aber nicht bei einem Verweis auf die Zuständigkeit, sondern wolle als Medienressort natürlich auch etwas leisten. Deshalb habe man mit dem Newscheck ein Angebot finanziert, das dabei helfen solle, die Nachrichtinformationskompetenz auszuweiten. Er sei sehr froh, dass der Zeitungsverlegerverband in Nordrhein-Westfalen das Angebot sehr aktiv aufgegriffen habe und man zu Angeboten komme, die nahe an den Schülerinnen und Schülern seien. Darüber hinaus habe man aber auch für Lehrerinnen und Lehrer ein entsprechendes Portfolio aufgebaut. Mit dem Projekt DINA habe man ein Portfolio an Fortbildungsmaterialien zusammengestellt, das jetzt an den geeigneten Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer erreichbar sei.

Der Medienpass sei seinerzeit im Medienressort entwickelt worden, dann im Medienkompetenzrahmen weiterentwickelt worden. Jetzt resultiere er beim MSB. Man sei aber weiterhin über die entsprechenden Strukturen da engagiert.

Das Thema „Arbeitsbedingungen“ sei etwas, was für die Landesregierung nur bedingt erreichbar sei. Man sei sich einig, dass man überall da, wo man einen entsprechenden Hebel ansetzen könne, es tue, aber sonst unterliege das natürlich dem Miteinander der Tarifpartner. Diese wüssten aber um die Unterstützung der Landesregierung.

Er danke der Abgeordneten Stullich für die Anerkennung bezüglich des Coronaausfallfonds. Herr Witzel habe richtigerweise ergänzt, dass dies der Landtag möglich mache. Die Landesregierung sei froh, dass man als Land schnell agieren könne. NRW sei das erste Land, das das für den verlängerten Zeitraum ermöglicht habe.

Der Abgeordnete Witzel habe die Kriterien der Filmförderung angesprochen. Mit dem Ansatz, der auch im Koalitionsvertrag niedergelegt sei und den er hier angekündigt habe, betrete man keine Neuland, alldieweil sich die Branche schon seit Längerem selber auf den Weg gemacht habe, diese Dinge stärker zu beachten. Green Filming sei etwas, was nicht erst diese Landesregierung habe erfinden müssen, sondern was in der Branche ohnehin schon eine große Rolle spiele, zum Beispiel der CO₂-Fußabdruck von Filmproduktion. Mit der FMS sei man im Austausch darüber, wie man das künftig gewichten bzw. in die Förderung einbringen könne. Man würde es jetzt erst einmal für die verstärkte Förderung tun, aber sicherlich so gestalten, dass es sozusagen incentivierend ausgestaltet sei, sodass man dadurch nicht nennenswerte Produktionen in Nordrhein-Westfalen behindere. Aber da komme die Branche in einem deutlich schnelleren Tempo entgegen, als man sich als Film- und Medienstiftung bewegen müsse. Dies gelte nicht nur für das Thema „Green Filming“, sondern auch für das Thema „weibliche Produzentinnen, Regisseurinnen“. Dies sei in diesem Wirtschaftszweig fortgeschrittener als in anderen Wirtschaftsbereichen.

Zur Radiostrategie sei gefragt worden, was das Land tun könne. Dem Land gehe es darum, dass erst einmal die Akteure selber identifizierten, was sie für das Geschäftsmodell, für das sie Verantwortung trügen, tun müssten. Dann werde es wahrscheinlich an einzelnen Stellen zum einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf geben, der nach allem, was er höre, überschaubar sei, zum anderen werde es Fragestellungen hinsichtlich Fördermaßnahmen, zum Beispiel im Bereich DAB+, geben. Hier werde man bei der Linie bleiben, die er gerade geschildert habe. Eine Förderung müsse immer so

ausgestaltet sein, dass sie Dinge anschiebe oder ermögliche, aber man wolle keine dauerhaften Abhängigkeiten im Bereich der Medienlandschaft schaffen.

Die Aktivitäten bezüglich WDR ergäben sich sicherlich aus dem größeren Prozess. Der WDR diskutiere das ja auch intern. Er rechne damit, dass man im Laufe der nächsten fünf Jahre das WDR-Gesetz werde anfassen müssen, aber erst infolge der Reformbemühungen innerhalb der ARD und mit dem ZDF. Es liege keine fertige WDR-Reform in der Schublade.

Frau von Marenholtz habe die Games-Sparte angesprochen. Heute Abend tage der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Er erhoffe sich davon eine Aufhebung des Antragsstopp durch das Bundeswirtschaftsministerium beim Thema „Games-Förderung des Bundes“. Er halte es für kein gutes Signal, dass die Games-Förderung, die für den Standort sehr wichtig sei, jetzt habe gestoppt werden müssen mit Blick auf dieses und nächstes Jahr, weil die Mittel aufgebraucht seien. Dies zeige, dass es einen Bedarf für ein solches Games-Förderprogramm des Bundes gegeben habe. Einige hätten ja im Vorfeld angezweifelt, ob die Summe von 50 Millionen Euro nötig sei. Die Landesregierung habe immer gesagt, dass dies nötig sei, und immer die Bereitschaft signalisiert, die Förderung des Landes, die naturgemäß kleiner sei als die des Bundes, an die des Bundes anzupassen. Nun wäre es wichtig, die Bundesförderung fortzusetzen. Man stehe hier in einem internationalen Wettbewerb, vor allen Dingen mit Ländern wie Kanada, Frankreich, Großbritannien. Hier sollte man keine Zeit verlieren, denn für den Weg aus der Krise heraus werde man diese Kreativität, diese Köpfe und Konzepte brauchen. Insofern hoffe er auf ein positives Signal heute Abend aus Berlin.

Auf Landesebene gebe es trotz der sehr engen Restriktionen des Haushalts des kommenden Jahres eine Steigerung im Games-Titel, indem eine Förderlinie für Serious Games bei der FMS finanziell ermöglicht werde. Dies halte er für richtig und wichtig.

Bezüglich der Energiekosten habe man bei der sehr moderaten Steigerung des Medienhaushalts vorgesehen, das aufzufangen für die ifs, für die FMS und für das Mediengründerzentrum. Er schließe nicht aus, dass, wenn es Bedarfe gebe, man die auch woanders auffangen werde. Dies ließe sich gegebenenfalls auch über die Krisenbewältigungsmaßnahmen, die der Ministerpräsident am vergangenen Freitag angekündigt habe, ermöglichen, sofern es Bedarfe gebe und diese durch die aktuelle Krise bedingt seien.

Christian Obrok (SPD) sagt, er habe eine Frage zum Thema „Games“. Bei der Gamescom habe man festgestellt, dass dort vor allen Dingen die großen Major-Label umringt von vielen kleinen gewesen seien. Ihn interessiere, welche konkreten Planungen es gebe, um nicht nur die großen Label zu unterstützen, sondern auch die Diversitäten zu bekommen. Die kleinen Label stünden nicht im Fokus der Öffentlichkeit und hätten es schwerer, gutes Fachpersonal zu bekommen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) bedankt sich für die Frage, die er für sehr berechtigt halte. Die Tatsache, dass es sehr schnell zu einer Konzentrationsbewegung in einem im Vergleich zu anderen Märkten überschaubaren Markt kommen könne, sei

der Grund gewesen, warum man als Land neben einer Entwicklungsförderung auch eine Produktionsförderung aufgelegt habe. Die Entwicklungsförderung helfe sozusagen denen, die das machten, um Dinge zu probieren, die aber selber die Produktentwicklung finanzieren könnten. Dies könnten die kleinen Labels häufig nicht und müssten bis zum Ende begleitet werden. Man wolle die Vielfalt in den Studios. Insofern werde es weiterhin diese Förderung geben. Er sei sehr froh, dass die Gamescom immer zeige, dass dies wünschenswert sei. Man wolle nicht nur die Ubisofts dieser Welt, sondern auch die kleinen Studios, die häufig der Nukleus für Innovationen seien und in Nordrhein-Westfalen dazu beitragen, dass dieses Thema regional breit gestreut sei und sich nicht alles in Köln konzentriere, was unter Fachkräftegesichtspunkten irgendwann auch zu einem Problem werde. Deswegen sei man froh über jedes Studio zum Beispiel in Bielefeld und woanders. Dies könne aber nur durch eine Förderung gerade der kleinen Studios erreicht werden.

2 **Gesetz zur Vermeidung von Gendersprache in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks (Gendersprache-Vermeidungsgesetz WDR)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1368

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1368 an den
Ausschuss für Kultur und Medien am 3. November 2022)*

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, dass heute das Beratungsverfahren geklärt werde.

Sven Werner Tritschler (AfD) beantragt für seine Fraktion die Durchführung einer Anhörung. Er schlägt einen Sachverständigen pro Fraktion vor. Vor die Klammer gezogen werden sollte der WDR.

Alles weitere, so **Vorsitzende Christina Osei**, werde in einer Obleuterunde besprochen. – **Sven Werner Tritschler (AfD)** ist damit einverstanden.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

3 Wie setzt sich die Landesregierung für die medienrechtlichen Interessen NRWs im Gesetzgebungsprozess des European Media Freedom Act ein?
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/390

Alexander Vogt (SPD) bedankt sich für den Bericht, dem er entnehme, dass seitens der Landesregierung grundsätzlich die Notwendigkeit gesehen werde, dass es Aktivitäten auf europäischer Ebene gebe. Ihn interessiere, ob es mit Blick auf Fake News und Desinformation seitens der Landesregierung eigene Initiativen gebe.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) lässt wissen, dem Land seien natürlich gewisse Grenzen gesetzt. Was man immer tun könne, sei zum einen, die regionalen Medienanbieter, Inhalteanbieter zu stärken, denen ein Feld zu bereiten, dass sie weiterhin starke Unternehmen und Anbieter dieser Produkte seien.

Das Zweite sei, die Nutzerinnen und Nutzer dabei zu unterstützen, Fake News von wirklichen Nachrichten zu unterscheiden. Dem dienten die ganzen Bemühungen im Bereich der Medienkompetenzförderung.

Regulativ einzugreifen sei nur möglich über den entsprechenden Medienstaatsvertrag und da die Aufgaben für die Landesanstalt für Medien. Die Landesanstalt für Medien tue das ja auch. Dies sei natürlich gegenüber den ganz Großen nicht ganz leicht. Er finde es unter Effizienz Gesichtspunkten richtig, dass man im Bereich der Landesmedienanstalten so verfare, dass man nach dem Einer-für-alle-Prinzip operiere, dass also ein Verfahren bei einer Landesanstalt für Medien vertreten für alle geführt werde. Es habe ja vielfach die Sorge gegeben, als man seinerzeit die Plattformregulierung aufgelegt habe, dass die Landesmedienanstalten daraus einen enormen Finanz- und Personalbedarf ableiten würden. Dies sei bislang alles im Rahmen geblieben, es werde sich aber noch zeigen.

Dies seien aus seiner Sicht die Instrumente, mit denen man sich aus Deutschland und Nordrhein-Westfalen heraus diesem Phänomen widersetzen könne.

Im Grundsatz unterstütze man, dass die EU-Kommission bezüglich der Konzentration von Medienangeboten in bestimmten Händen Handlungsbedarf sehe, gerade mit Blick auf Ungarn und Polen und der Frage der Staatsferne. Dies habe man auch der zuständigen Kommissarin und dem Justizkommissar mitgeteilt. Schon bevor der European Media Freedom Act verabschiedet worden sei, habe man sich dazu eingebracht. Nach seiner Auffassung werde man die Medienregulierung in den Ländern umhauen, wenn es so weitgehend, wie es jetzt geplant sei, ausgestaltet sei. Er befürchte, dass diejenigen, auf die es eigentlich abziele, auch unter den Rahmenbedingungen der neuen Medienregulierung Wege finden würden, ihre Geschäftsmodelle – damit meine er nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Geschäftsmodelle – zu realisieren, aber alle anderen, die rechtschaffend seien, darunter litten. Dann hätte man mit Zitronen gehandelt. Dies sei die Sorge der Landesregierung, weshalb man im entsprechenden

Bundesratsverfahren und in der Rundfunkkommission Kritikpunkte vortrage. Die Rundfunkkommission habe dazu einen Beschluss gefasst. Es sei ja nicht so, dass die Rundfunkkommission in ihren Stellungnahmen in der Regel vor Entschlossenheit und Klarheit sprühe. An dieser Stelle lasse der Beschluss jedoch nichts zu wünschen übrig. Dies habe auch den Grund, dass man hier von dringender Sorge beseelt sei.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Bericht
der Landesregierung
Drucksache 18/1200

Vorlage 18/367 (Erläuterungsband zu EP 02)

Vorlage 18/371 (Erläuterungsband zu EP 06)

- Einführung in den Einzelplan 02 – Ministerpräsident – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses durch den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei
- Einführung in den Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Medien – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses durch die Ministerin für Kultur und Wissenschaft

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1200 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an alle Fachausschüsse am 2. November 2022)

Vorsitzende Christina Osei leitet ein, Herr Minister Liminski werde die Einführung in den Einzelplan 02 – Ministerpräsident – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses vornehmen. Es handele sich im Wesentlichen um Titelgruppe 66 „Medien“ im Kapitel 02 010 „Ministerpräsident“ sowie das Kapitel 02 060 „Medien“.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) trägt vor:

Wie schon vielfach im Rahmen der Haushaltsberatungen geäußert, erfolgt die Einbringung dieses Landeshaushalts und aller Einzelpläne unter besonders schwierigen Rahmenbedingungen. Das wurde ja im Plenum der vergangenen Woche ausführlich debattiert. Umso stärker ist das positive Signal, dass die Landesregierung dem Landtag im Einzelplan 02 mit Blick auf das Medienkapitel einen Haushalt vorlegt, der eine Steigerung vorsieht. Ich will das betonen, weil das keine Selbstverständlichkeit ist, generell nicht, aber erst recht nicht unter diesen Rahmenbedingungen. Das Gesamtvolumen des Medienhaushalts soll um 1,5 Millionen Euro steigen, nämlich von 36,4 auf 37,9 Millionen Euro. Das unterstreicht, welchen Stellenwert die Landesregierung diesem Thema beimisst, aber es passt auch zu den Herausforderungen, die ich in meiner kleinen Regierungserklärung in der letzten Sitzung skizziert habe.

Uns ist in der Medien- und Netzpolitik einerseits Kontinuität und Verlässlichkeit wichtig. Wir wollen ein verlässlicher Partner der Medienbranche sein. Das spiegelt sich auch im Medienkapitel wieder. Zugleich wollen wir Spielräume für die Umsetzung neuer Akzente nutzen. Ich will schlagwortartig auf die wichtigsten Punkte eingehen.

Zum Bereich Kontinuität zählt aus meiner Sicht, dass wir den Betrieb und die Förderaktivitäten der Film- und Medienstiftung, auch ihrer 100%igen Tochter, der Internationalen Filmschule Köln, nicht nur verstetigen in seinem Umfang, sondern auch sicherstellen unter den schwierigen Voraussetzungen, die sich aktuell darstellen.

Wir werden beim Grimme-Institut die Förderung unverändert fortsetzen.

Außerdem werden wir weiterhin die Veranstaltungsformate am Medienstandort fördern. Das ist, wie mir zuletzt beim Film Festival Cologne noch mal gespiegelt worden ist, für die entsprechend Verantwortlichen sehr wichtig.

Weiterhin haben wir den Schwerpunkt im Bereich der Medienkompetenzförderung mit den damit verbundenen Projekten, die ich jetzt nicht noch einmal einzeln ausführe.

Das Mediennetzwerk NRW, das für unsere Standortaktivitäten wichtig war und ist, werden wir in die Film- und Medienstiftung überführen. Dementsprechend schaffen wir mit diesem Haushalt im Sinne der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit die entsprechenden Rahmenbedingungen. Wir glauben, dass es richtig ist, das im Bereich der Film- und Medienstiftung zu konzentrieren, weil ein Großteil des Standortmarketings ohnehin den Bereich Filmwirtschaft betraf und das Mediennetzwerk überarbeitungsbedürftig war.

Neben der Verstetigung und der Kontinuität haben wir außerdem vor, Kostensteigerungen abzufangen, zum Beispiel bei der Film- und Medienstiftung und bei der ifs, aber wir wollen eben auch neue Impulse setzen. Das tun wir zum einen im Bereich der Games-Förderung mit den Serious Games, die wir fördern. Außerdem werden wir im Bereich der E-Sports Dinge möglich machen, indem wir mit unserem Partner, an der Stelle der esports player foundation, eine entsprechende Akademie auf den Weg bringen und die Dinge finanziell unterlegen. Wir glauben, dass wir vor allen Dingen unterstützen und anschieben, aber nicht dauerhaft als Land verpflichtet sein müssen.

Im Bereich des Mediengründerzentrums haben wir auch eine Aufstockung vorgesehen, weil uns die Fachkräftearbeit oder auch die Arbeit für junge Talente, junge Gründerinnen und Gründer sehr wichtig erscheint. Über den Fachkräftemangel haben wir schon beim letzten Mal gesprochen. Dies wird sicherlich nicht zum letzten Mal geschehen sein. Das trifft gerade eine kreative Branche wie die Medienwirtschaft besonders hart. Insofern ist es gut investiertes Geld, den Betrieb des Mediengründerzentrums aufrechtzuerhalten und zu befördern.

Das tun wir aber auch an anderer Stelle, wo wir bisher schon als Land unser Wort gegeben haben, zum Beispiel beim Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog. Damit wollen wir Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung im Journalismus fördern. Das gilt auch für die Projekte im Rahmen der Ruhr-Konferenz. Das alles sind Dinge, die zum einen der Medienvielfalt, aber auch der Vielfalt in den Medien, und zum anderen der Fachkräftemangelbekämpfung dienen.

Damit ziehe ich mein Fazit. Ich glaube, diese 1,5 Millionen Euro gesteigertes Geld sind gut investiert. Seit 2017 ist der Medienhaushalt um 15,6 Millionen Euro

gewachsen, von 22,3 auf 37,9. Das sind 70 %. Das ist eine gute Entwicklung, die wir fortsetzen wollen. Insofern bitte ich um Unterstützung für die damit verbundenen Planungen im Haushaltsjahr 2023.

Vorsitzende Christina Osei verweist auf die Vereinbarung, die Aussprache in der nächsten Sitzung durchzuführen.

Sie bitte den Minister, seinen Sprechzettel kurzfristig zur Verfügung zu stellen. – **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** sagt dies zu.

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, Frau Ministerin Brandes werde die Einführung in den Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses vornehmen. Es handele sich unter anderem um Kapitel 06 050 „Kulturförderung“ und Kapitel 06 080 „Landesarchiv, Archivwesen“.

Ministerin Ina Brandes (MKW) legt dar:

Gerne nutze ich die Gelegenheit, um Ihnen den Einzelplan 06 mit Schwerpunkt des Kulturetats 2023 vorzustellen.

Die Gesamtausgaben des Einzelplans 06 steigen mit dem Haushaltsentwurf 2023 auf rund 10,286 Milliarden Euro. Gegenüber dem Haushalt 2022 ist dies ein Ausgabenzuwachs in Höhe von rund 294 Millionen Euro bzw. in Höhe von rund 2,94 %. Der Erläuterungsband zum aktuellen Entwurf für den Einzelplan 06 liegt Ihnen vor.

Erfreulicherweise wächst der Kulturetat im Vergleich zum Jahr 2022 um 5,57 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben für Kultur liegen damit bei rund 323,1 Millionen Euro. Trotz der aktuell angespannten Haushaltslage handelt es sich damit um den höchsten Kulturetat seit Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen.

Im Oktober habe ich Ihnen im Ausschuss über die kulturpolitischen Ziele der Landesregierung berichtet. Sie wissen, wir haben viel vor. Aber es ist auch klar, dass sich infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine viele Parameter grundlegend verändert haben. Die notwendigen Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Einrichtungen und Unternehmen bleiben natürlich nicht ohne Einfluss auf die öffentlichen Haushalte. Daraus folgt zwangsläufig, dass wir nicht alle Ziele gleichermaßen – und vor allem nicht gleichzeitig – umsetzen können. Vielmehr müssen wir sie auf die gesamte Legislaturperiode bezogen denken. Wir halten weiterhin an den im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Aufwuchs der Kulturmittel um 50 % bis zum Ende der Legislaturperiode fest.

Wie werden engagiert und konsequent mit der Umsetzung der Schwerpunkte des Zukunftsvertrages beginnen und zunächst das Thema „Honoraruntergrenzen“ in den Mittelpunkt stellen. Wir bereiten eine entsprechende Richtlinie vor und sind in Abstimmungsgesprächen mit den Verbänden.

In der aktuellen Situation ist es erforderlich, dass wir unseren Einrichtungen verlässliche und stabile finanzielle Rahmenbedingungen bieten können. Dies tun wir mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf.

Dazu gehört zum Beispiel auch die Förderung von Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche. Wir wollen die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am kulturellen Leben stärken und die Entwicklung ihrer künstlerischen Kreativität, ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die kritische Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fördern. Zwei bis dato sehr erfolgreiche Programme werden dazu auch im kommenden Haushaltjahr fortgeführt und finanziell gestärkt:

Zum einen „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“. Das Programm wird mit dem Haushalt 2023 weiter verstetigt auf insgesamt rund 16 Millionen Euro.

Zum anderen der „Kulturrucksack NRW“. Das Landesprogramm ist ein außerschulisches Programm und bietet Kindern und Jugendlichen die Teilhabe an Angeboten von kulturellen Einrichtungen und Initiativen und fördert die Entfaltung der eigenen Kreativität. Auch dieses Programm wird im kommenden Haushaltsjahr verlässlich mit einem Gesamtbetrag in Höhe von rund 4 Millionen Euro gefördert.

Ebenso werden wir weitere Förderprogramme, die die Vielfältigkeit der nordrhein-westfälischen Kulturszene und das Kulturangebot in der Fläche schützen und fördern, weiter fortführen. Darunter fallen zum Beispiel auch das Förderprogramm „Dritte Orte“ für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum, welches im kommenden Jahr weiterhin mit 4,5 Millionen Euro gefördert wird, und zahlreiche Maßnahmenpakete für die freie Szene. Allein für die Projektförderung der freien Szene werden im Haushalt 2023 erneut rund 4,3 Millionen Euro bereitgestellt. Wir wollen die Kulturszene auch dabei unterstützen, ihre Aktivitäten für mehr Teilhabe und Diversität zu verstärken.

Entsprechend der in der Vergangenheit geübten Praxis wurden auch mit dem Haushalt 2023 Mittel für etablierte mehrjährige Förderprogramme und Einzelprojekte in die einschlägigen spartenbezogenen Fachtitelgruppen verlagert. Damit stellen wir sicher, dass das Parlament und die interessierte Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar über die beabsichtigte Verwendung der Mittel informiert werden. Die mit dem Haushalt 2023 vorgenommenen Verlagerungen in Höhe von 11,2 Millionen Euro finden Sie im Erläuterungsband auf Seite 43. Die Stärkungsinitiative hat im Jahr 2023 nach alledem einen Haushaltsansatz von 20,2 Millionen Euro.

Neben den soeben erläuterten Maßnahmen ist es mir ein besonderes Anliegen, die Kulturschaffenden bestmöglich zu beraten und zu vernetzen. Dies gilt insbesondere für die Fragestellungen, die spartenübergreifend alle Einrichtungen betreffen. Dazu zählen die Themen „Nachhaltigkeit“, „Klimaneutralität“, „Diversität“ und auch „Digitalisierung“. Eine gebündelte Beratung unter Einbeziehung vorhandener Angebote wird Synergieeffekte entfalten und Entwicklungen flächendeckend und nachhaltig voranbringen. In 2023 werden wir ein entsprechendes Konzept ausarbeiten, um hier schnellstmöglich eine Hebelwirkung hinsichtlich aktueller Themen zu erzielen.

Mit dem Haushaltsentwurf 2023 leistet die Landesregierung einen wesentlichen Beitrag dazu, die kulturelle Infrastruktur, die in Nordrhein-Westfalen besonders ausdifferenziert ist, zu stabilisieren und damit zu erhalten. Der Kulturretat wird mittels des Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurfs auch im kommenden Jahr verlässlich verstetigt. Ich bin davon überzeugt, dass Kultur unverzichtbarer Baustein einer lebendigen

Demokratie ist. Die vorgestellten Maßnahmen tragen dieser Überzeugung Rechnung.

Ich freue mich nun auf den Austausch.

Vorsitzende Christina Osei verweist auf die Vereinbarung, die Aussprache in der nächsten Sitzung durchzuführen.

Sie bitte die Ministerin, ihren Sprechzettel kurzfristig zur Verfügung zu stellen. – **Ministerin Ina Brandes (MKW)** sagt dies zu.

Vorsitzende Christina Osei merkt an, zur Sicherstellung eines geordneten Beratungsverfahrens in dem eng begrenzten Zeitraum würde der Ausschuss gerne schriftlich fixierte Fragen an die Landesregierung übermitteln, deren schriftliche Beantwortung Gegenstand der Beratung in der Sitzung am 17. November 2022 sein solle. Dafür sei es zugunsten des Ausschusses erforderlich, die Einreichungsfrist für eine schriftliche Beantwortung bis heute auszudehnen. Sie bitte Frau Ministerin Brandes um ihre Unterstützung. – **Ministerin Ina Brandes (MKW)** sagt diese zu.

5 Aussprache zu den kulturpolitischen Schwerpunkten der Landesregierung in der 18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll 18/50

Vorsitzende Christina Osei leitet ein, in der letzten Sitzung habe Frau Ministerin Brandes zu den kulturpolitischen Schwerpunkten der Landesregierung in der 18. Wahlperiode berichtet. Die Ministerin habe ihren Vortrag im Nachgang zur Verfügung gestellt. Inzwischen liege auch das Ausschussprotokoll 18/50 vor.

Andreas Bialas (SPD) bedankt sich bei der Ministerin für ihre Ausführungen in der letzten Sitzung und dafür, dass diese schriftlich zur Verfügung gestellt worden seien.

Er habe gehofft, dass der Koalitionsvertrag, der hinsichtlich Kultur gut sei, fassbarer werde, welche Prioritäten, Schwerpunkte es gebe, also wohin es gehe. Dem sei leider nicht so. Es sei völlig klar, dass es um kulturelle Daseinsvorsorge, um kulturelle Bildung, um Kulturerhalt, Erbe, Erinnerung, Schaffung von Rahmenbedingungen, die Absicherung von Künstlerinnen und Künstler gehe, aber es stelle sich die Frage, wie dies angegangen werde. Vor dem Hintergrund sei es nicht hilfreich, wenn als erstes mitgeteilt werde, dass die lineare Erhöhung des Kulturhaushalts nicht mehr stattfinde. Statt der erwartbaren 30 Millionen gebe es für 2023 5,5 Millionen. Er sei gerne bereit, zusammen mit der Abgeordneten Wermer das Lied des Erfolgs der letzten fünf Jahre zu singen, aber dieses Lied sei nun leider ausgesungen. Statt Verlässlichkeit zu signalisieren, werde diese infrage gestellt. Dies überrasche. Das Land scheine nicht mehr der verlässliche Partner der Kultur zu sein, wie es bisher der Fall gewesen sei.

Haushalterische Unsicherheiten bestünden eigentlich immer. Dies werde auch meistens nie besser. Er hoffe, dass es nicht die Ankündigung des Ausstiegs aus dem Versprechen im Koalitionsvertrag sei. Er selbst habe die schmerzhaft Erfahrung machen müssen, dass derartige Erklärungen mitunter vorgeschoben seien. Entscheidend sei die Kernfrage, ob die Landesregierung weiterhin zu Kunst und Kultur in NRW stehe. Angesichts des geringen Anteils am Gesamthaushalt, nämlich etwa 0,3 %, sei dies keine haushalterische Frage, sondern eine Frage der Haltung. Er bitte darum, den guten Kurs der letzten Jahre zu halten.

Auch ein Schielen nach Berlin helfe nicht. Kulturpolitik sei eine originäre landes- und kommunalpolitische Aufgabe. Natürlich spiele der Bund auch hier eine nicht ganz unerhebliche Rolle, zum Beispiel bei der Absicherung der Künstlerinnen und Künstler. Daher sei es für ihn verwunderlich, dass ein Gesetzesvorhaben wie beispielsweise das Bürgergeld, das vielen Künstlerinnen und Künstlern und der Veranstaltungsbranche insgesamt Sicherheit geben würde, bisher von der CDU blockiert werde. Das Streitthema „Schonvermögen“, das übrigens in der Regierungszeit Merkel mit dem breiteren Zugang zum ALG hineinverhandelt worden sei, sei nicht unwesentlich, weil nämlich nicht die Vorstellung sei, dass man mit 18 Jahren große Reichtümer habe, nicht arbeiten wolle und deswegen dieses Schonvermögen erst einmal aufbrauche, sondern man es meistens mit älteren oder reiferen Leuten zu tun habe, die sich in ihrem Leben bereits ein Stück weit Vermögen aufgebaut hätten. Die Solo-Selbst-

ständigen hätten dies übrigens schon als Absicherung für die Rente getan. Insofern stelle sich die Frage, inwieweit dieses Schonvermögen geschützt werde oder nicht. Wenn dies nicht gemacht werde, dann sei dies eine Ansage in die Richtung, wenn mit der Arbeit nichts mehr verdient werde, dann führe der Weg in die Armut. Dies sei nicht sozial. Von daher fordere er dazu auf, die Blockade des Bürgergelds seitens NRW aufzugeben. Das Bürgergeld diene auch der Sicherung vieler Künstlerinnen und Künstler, auch Journalistinnen und Journalisten.

Auch die im Kultugesetz beschriebene Gagenuntergrenze liege noch nicht vor. Er frage sich, warum nicht. Das, was man beim letzten Mal gehört habe, habe nicht beruhigt. Im Koalitionsvertrag stehe, es würden dem Auftrag des Kultugesetzbuchs entsprechend und an den Vorschlägen der Kulturverbände orientiert Gagenuntergrenzen der geförderten Kulturmaßnahmen entwickelt. Ihn interessierten die Vorschläge der Kulturverbände. Dies sei ebenfalls ein Schritt zur Absicherung, der nicht mehr angekündigt zu werden brauche, sondern der so langsam vollzogen werden müsse, denn dazu gebe es bereits eine Beschlusslage.

Interessant sei, wie mit den Kostensteigerungen umgegangen werde. Gagenuntergrenzen bedeuteten, dass es mehr koste. Er frage, ob es dann weniger Projekte gebe. Dies könne nicht die Lösung sein. Die angekündigten Kostenerhöhungen im Haushalt von 150 Millionen seien für diese Vorhaben vorzusehen. Insofern sei klar, dass eine Gagenuntergrenze zu Kostensteigerungen führen könne. Dafür seien die Aufwüchse da. Wenn die Aufwüchse nicht da seien, dann frage er sich, was das für die Zielsetzung der fairen Bezahlung bedeute.

Bei vielen weiteren Punkten sei man ebenfalls noch im Nebel. Beispielsweise stelle sich die Frage, wie es sich mit den Stipendienprogrammen in der Energiekrise verhalte, ob welche angedacht seien, es Verhandlungen mit dem Finanzministerium gebe. Dies seien ja zusätzliche Gelder gewesen, die man in den letzten Jahren jenseits des Haushalts für Kunst und Kultur bekommen habe.

Des Weiteren wolle er wissen, ob es Bauprogramme für energetische Sanierungen gebe. Der Kulturrat habe es ebenfalls gefordert.

Weiter frage er, wer wann in welchem Umfang bezüglich Einsparmaßnahmen, Transformation etc. berate.

Die Ministerin habe in der kleinen Regierungserklärung ausgeführt, dass Schaltstellen und Netzwerke für 2023 geschaffen werden sollten. Vorhin sei die Rede davon gewesen, dass diese in 2023 geschaffen werden sollten. Insoweit stelle sich die Frage, wann dies vorgestellt werde.

Das zweite Schwerpunktthema der Ministerin seien Kinder und Jugendliche. Diesen Schwerpunkt teile seine Fraktion voll und ganz. Auch hier interessiere ihn, was geplant sei, welche Kooperationspartner es gebe. Um es konkret zu machen, wolle er wissen, wie damit umgegangen werde, dass es in den Schuleinrichtungen so gut wie keine Lehrerinnen für musisch-ästhetische Bildung mehr gebe, inwieweit ein Seiteneinstieg für Künstlerinnen und Künstler mit pädagogischen Zusatzqualifikationen ermöglicht werde und was dies für die Ausbildung von Künstlerinnen an den Hochschulen bedeute, wie es mit den freien Mitteln für Stellen aussehe, die am Ende des Jahres

zurückgegeben würden, weil die Lehrer nicht da seien, als potenzielle Kompensationsmittel für die Schulen, die davon zum Beispiel Künstler bezahlen könnten, die sie an ihre Schulen holten, wie man damit umgehe, wenn man es auf der einen Seite mit prekär beschäftigten Künstlerinnen und Künstler zu tun habe und es auf der anderen Seite bei diesen Lehrkräften ein Riesenloch gebe.

Die Ministerin habe ferner das Programm „JeKits“ angesprochen. Hier seine Frage, in welchem Rahmen, nicht nur finanziell, sondern auch, ob weiterhin Wert darauf gelegt werde, dass die Tandems bestehen blieben, weil die Tandems den Schulen vorgäben, dass man aus dem Kulturhaushalt nur dann dort hineingehe, wenn es tatsächlich noch eine Lehrkraft gebe. Dies halte die Lehrkräfte für musisch-ästhetische Bildung an den Schulen. Er bitte, darauf zu achten, dass dies nicht aufgegeben werde. Ansonsten gingen noch mehr Lehrer verloren.

Auch im Ganztagsbereich stelle sich die Frage, inwieweit es dort eine Kannibalisierung von Angeboten gebe und inwieweit frühzeitig Kunst, Kultur, Sport in diese Thematik eingebunden werde. Er empfehle, auch dort einmal Tagungen durchzuführen. Vielfach seien es kommunale Angelegenheiten, aber auch hier könne das Land steuernd eingreifen.

Eine Kernfrage im Bereich der kulturellen Bildung sei, ob man Kinder nur mit Kunst konfrontiere oder ob ihnen Plattformen der Darstellung und des Auslebens des eigenen Künstlertums geboten würden. Gerade nach Corona sei es enorm wichtig, dass denen viele Plattformen zur Verfügung stünden. Dies helfe auch dem sozialen Lernen. Auch hier stelle sich also die Frage, wie man gerade jetzt die Kinder- und Jugendtheater und auch andere Institutionen stärke, ob man dort Geld hineingebe, gerade auch für Mitmachprojekte.

Des Weiteren stelle sich die Frage, was mit COMEDIA und anderen Einrichtungen werde, ob es beispielsweise vermehrt Abspielgelder für relevante Stücke gebe. Auch darüber müsse man sich unterhalten, welche Relevanz Stücke bei Kinder und Jugendlichen erzeugten oder welche man selber erzeugen wolle. Um es konkret zu machen, der Verein Zartbitter habe ein Theaterstück aufgeführt, das zur Stärkung von Kinderrechten beitrage. Er frage, inwieweit das einem ästhetischen Gesichtspunkt entsprechen würde und gefördert werden könne. Seine Fraktion werde sicherlich Anträge einbringen, bei denen man sich über Relevanz unterhalten werde, möglicherweise im Spannungsverhältnis von Kunst und Pädagogik.

Musikschulen, Bibliotheken, Literaturbüros etc. seien ebenfalls geeignete Einrichtungen, die Workshops anbieten könnten, zum Beispiel Schreibprogramme. Das, was die Ministerin hierzu ausgeführt habe, unterstütze er, nämlich Kinder und Jugendliche gerade in der jetzigen Zeit zu stärken, zu stützen und nicht zuletzt für die Demokratie gewogen zu halten.

Musikschulen würden hauptsächlich von den Kommunen getragen. Insofern sei Kulturpolitik auch Kommunalpolitik. Insofern sei es wichtig, wie es mit dem Rettungsschirm für Kommunen in der Energiekrise und mit dem Altschuldenfonds aussehe. Dies sei natürlich nicht originäre Aufgabe der Kulturpolitik, aber diese Politik entlaste den Druck auf die Kultur in den Kommunen ungemein.

Bezüglich Bürokratieabbau habe die Ministerin ausgeführt, Ziel sei, Förderverfahren einfacher, unbürokratischer und transparenter zu gestalten und dies in einem Dialog mit der freien Szene zu erarbeiten. Dies könne er nur unterstützen. Allerdings lägen die Forderungen und Vorschläge seitens der freien Szene und des Kulturrats bereits seit Jahren vor. In diesem Zusammenhang erinnere er das Bode-Papier. Insofern gehe es nicht darum, etwas zu erarbeiten, sondern darum, dass es unterschiedliche Ansichten gebe und wie diese aufgelöst würden. Wichtig wäre es, zu erfahren, ob die Erleichterungen und Vereinfachungen, die in der Pandemie gegolten hätten, weiterhin wenigstens Mindeststandard blieben.

Die Ministerin habe auch nichts gesagt zu den vor der Wahl genannten Punkten, zum Beispiel zur Erhöhung des Theater- und Orchesterpaktes auf 20 % und zum OWL-Forum, Pina Bausch Zentrum, Deutsches Fotoinstitut, Haus der Einwanderungsgeschichte, DOMiD. Von Erinnerungskultur lese er leider auch nichts.

Überrascht sei er aber von Sätzen wie „Nutzung und Zwischennutzung von Landesbauten für Künstler*innen“. Dagegen habe man grundsätzlich nicht. Dies sei vollkommen richtig. In der Plenarsitzung in der letzten Woche habe jedoch Ministerin Paul händeringend nach Unterkünften zur Aufnahme von Flüchtlingen gesucht. Insofern seien derzeit sicherlich nicht so viele Landesbauten frei verfügbar.

Er finde den Koalitionsvertrag in dieser Hinsicht sehr überzeugend und sehr gut. Dieser habe zunächst seinen Glauben gestärkt, dass es in NRW gut weitergehe. Nach der kleinen Regierungserklärung und vor allem dem Haushaltsplan 2023 sei er etwas ernüchtert. Der Eindruck bestehe, die Kultur habe nach dem Mai 2022 nicht mehr den Stellenwert wie bis zur Landtagswahl. Er würde sich freuen, wenn er mit Lügen gestraft werde. Er lasse sich gerne überzeugen. Es gehe seiner Fraktion auch nicht darum, im Bereich Kultur Fundamentalopposition zu betreiben, sondern er biete im Namen seiner Fraktion eine vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit an.

Ein Schwerpunkt seiner Fraktion sei kulturelle Bildung nach dem Motto, jetzt seien die Kinder dran. Dies werde man mit Anträgen zum Haushalt und zum Diskurs konkretisieren, zum Beispiel hinsichtlich Stärkung der Kinder- und Jugendtheater, Sicherung der musisch-ästhetischen Bildung in der Schule, Vernetzung Schule und Kultur, Ermöglichung des Seiteneinstiegs in Schulen, Finanzierung von Plattformen zum künstlerischen Handel, Empowerment, Lesekompetenzförderung, Sicherung der Kommunal Finanzen und damit auch Grundsicherung der kommunalen Kultureinrichtungen wie unter anderem Bibliotheken und Musikschulen.

Weitere wichtige Themen seien Transformation, Relevanz und Gerechtigkeit im System, sowohl bezüglich der Kosten als auch der Instrumente.

Es gehe weiterhin um eine konsequente Umsetzung des Leitmotivs „Kultur für alle“, und es gehe um die Grundannahmen der Kulturförderung, übrigens auch mit Finanzierung, Sicherung Kommunal Finanzen, Nutzung von Kontaktmöglichkeiten, aber auch Konzeptbasierung und Berichtswesen.

Er freue sich auf die Arbeit. Gut sei, wenn es der Kunst und Kultur in NRW nutze.

Stellvertretend für Herrn Dr. Beucker, so **Sven Werner Tritschler (AfD)**, führe er aus, dass es im Bereich Kultur weit weniger Dissens gebe als im medienpolitischen Bereich. Grundsätzlich unterstütze seine Fraktion die benannten Förderansätze der Landesregierung. Schwerpunkt in der Kulturförderung müsse die Breite sein, also Angebote, die für jedermann zugänglich seien, der Bibliotheken, Archive und Sammlungen, die als kritische Infrastruktur angesehen würden.

Besonders werde das Förderprogramm „Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum“ unterstützt.

Eine ganz besondere Rolle spiele für seine Fraktion die kulturelle Bildung an allen Schulformen sowie die Unterstützung der Musikschulen und hier die Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Mitarbeiter.

Musikalische Früherziehung sei ein weiteres wichtiges Thema. Das Programm „JeKits“ habe die Ministerin in ihren Ausführungen zum Haushalt erwähnt. Seine Fraktion begrüße, dass es ausgebaut werden solle, ebenso Jugendorchester und Chöre.

Ausdrücklich unterstützen wolle die AfD die Landesregierung in ihren Bestrebungen hinsichtlich Archivarausbildung, Instandhaltung, Investitionen und Verfügbarmachung von landeseigenen Räumen für zum Beispiel Proben.

Erfreulich sei, dass die Ministerin corona- und energiebedingte Lockdowns in der Kultur für die Zukunft ausgeschlossen habe. Insgesamt finde es seine Fraktion aus kulturpolitischer Sicht sehr erfreulich, dass aufgrund einer gewissen Mäßigung in dem Bereich die Kultur im kommenden Winter weniger zu befürchten habe als zuvor.

Schließlich und vor dem Hintergrund der documenta erwarte man von der Landesregierung den Ausschluss jeglicher Förderung von antiisraelischen, antisemitischen Künstlern und ähnlichen. Derzeit gebe es aber auch keinen Anlass, etwas anderes anzunehmen.

Dr. Werner Pfeil (FDP) verweist auf die Ausführungen des Abgeordneten Bialas, wonach er nach Durchsicht des Koalitionsvertrages eigentlich sicher gewesen sei, dass es gut weitergehe. Dies sei ein Lob an die alte Landesregierung, dass damals sehr vieles richtig und gut gemacht worden sei. Dass man in einer kleinen Regierungserklärung nicht alles, was im Koalitionsvertrag steht, wiederhole, sei klar, aber in der Tat sei manches unklar geblieben. Hier stimme er dem Abgeordneten Bialas, der gerade ein Feuerwerk an Punkten und Positionen abgefeuert habe, ausdrücklich zu.

Drei Punkte seien sehr wichtig, weil man derzeit in einer ganz anderen Situation sei. Das eine sei Resilienz. Es gehe um die Frage, wie man im Rahmen der Resilienz, was die Kultureinrichtungen, Kulturgüter, aber auch Künstlerinnen und Künstler im Hinblick auf soziale Absicherung gerade bei der Energiekrise angehe, aufgestellt sei. Diese Frage sei bislang vollkommen unbeantwortet. Es sei in den letzten Jahren von allen Landesregierung nicht bearbeitet worden, egal in welchem Politikbereich. Das Thema „Resilienz“ werde in den nächsten Monaten oder sogar Jahren sehr wichtig sein.

Das zweite Thema sei COVID-19 und die Folgen. Man befinde sich immer noch in einer Situation, dass Besucherinnen und Besucher bei dem Besuch von Theatern und

Kinos zurückhaltend seien. Hiermit müsse umgegangen werden. Seine Fraktion unterstütze in diesem Bereich die Künstlerinnen und Künstler, die freie Szene, aber auch die Häuser, die nicht nur durch gestiegene Energiepreise und gestiegene sonstige Kosten ein Problem hätten, sondern auch durch wegfallende Einnahmen. Dies sei ein langfristiges, möglicherweise auch ein strukturelles Problem, wie der Besucherstrom wieder in die entsprechenden Häuser hineingezogen werden könne. Dazu müsse es Landesmittel geben. Seiner Meinung nach müsse darüber nachgedacht werden, einen Grundsockel für eine weitere finanzielle Absicherung einzurichten, um sich nicht von Projektförderung zu Projektförderung zu hangeln.

Der dritte Punkt sei die kulturelle Bildung. Es sei bereits auf Musikschulen, Lehrkräfte hingewiesen worden. Dieses Thema habe sich gerade für die kulturelle Bildung in den Schulen als ein sehr schwerwiegendes Thema herauskristallisiert. Es gebe einen Bedarf an Grundschullehrern, der derzeit nicht gedeckt werden könne. Er erinnere an die Situation in Aachen – er komme aus Aachen – wegen der Grundschullehrerausbildung. Er wolle nicht wieder die Diskussion führen, ob es diese Ausbildung an der RWTH Aachen wieder geben solle, aber der Unterricht an den Schulen finde nicht mehr statt. Die Grundschüler hätten keinen geregelten Unterricht. Das gehe auch zu Lasten der Kultur. Darauf müssten Antworten gefunden werden, und diese könnten nur dann gefunden werden, wenn man an die Wurzel des Übels gehe und mehr Lehrkräfte in den betroffenen Regionen, die sich als weiße Flecke darstellten, zur Verfügung stelle. Wenn dort keiner hin wolle, dann müsse man die dort ausbilden, und wenn man sage, es gebe keinen Klebeeffekt, dann frage er sich, warum man das in anderen Bereichen so gemacht habe. Dies sei nur ein Beispiel dafür, dass man im Bereich der Kultur auch auf andere Politikfelder schauen müsse, um Lösungen zu finden.

Viele gute Projekte, die in den letzten Jahren entwickelt worden seien, fänden sich in der kleinen Regierungserklärung wieder und würden fortgeführt.

Dass der lineare Zuwachs ab 2023 nicht vorgesehen sei, sei der wirtschaftlichen Situation geschuldet. Nichtsdestotrotz wünsche sich seine Fraktion eine größere Steigerung als um 5,5 Millionen.

Inwieweit Kultur Vermittler von Kinderrechten sein könne, sollte ausgiebig diskutiert werden. Er verweise auf die jüngsten Fälle, bei denen es um die Problematik der Kinderrechte gehe. Hier müsse entgegengewirkt werden, unter anderem auch durch eine Einbindung der Kultur.

Bezüglich der Unterstützung der Kreativwirtschaft wolle seine Fraktion mehr Experimentier- und Freiräume ausgebaut haben.

Heike Wermer (CDU) sagt, bei den durchaus auch längeren Beiträgen ihrer Vorredner wisse sie nicht, woran sie alles anknüpfen solle. Sie wolle mal mit dem Loblied auf die vergangenen fünf Jahre beginnen. Dies nehme sie natürlich wohlwollend zur Kenntnis. Ihre Fraktion wolle an die erfolgreichen letzten fünf Jahre anknüpfen.

Sie habe eine andere Auffassung als der Abgeordnete Bialas und finde sehr wohl, dass die Ministerin mit der kleinen Regierungserklärung, aber auch heute mit dem vorgestellten Haushalt Zuverlässigkeit und Kontinuität ausstrahle. Natürlich hätten sich

alle mehr finanzielle Mittel für den Kulturhaushalt gewünscht, aber die Vorzeichen heute seien ganz andere als in den letzten Jahren. Dies müsse immer bedacht werden. Man habe immer noch mit den späten Auswirkungen von Corona, mit dem Krieg in der Ukraine und der damit verbundenen Energiekrise zu tun. Vor dem Hintergrund finde sie einen Aufwuchs um 5 Millionen Euro ein starkes Signal an die Kulturszene und auch ein starkes Signal dafür, dass die CDU gemeinsam mit den Grünen die Kulturszene in Nordrhein-Westfalen stärken wolle und man weiterhin Vorreiter in Sachen Kulturpolitik in Deutschland bleiben wolle.

Die drei Schwerpunkte, die die Ministerin in der letzten Ausschusssitzung vorgetragen habe, finde sie sehr klug gewählt und passten zur aktuellen Zeit. Die soziale Lage von Kulturschaffenden wolle man verbessern. Der Abgeordnete Bialas habe kritisiert, dass bezüglich der Gagenuntergrenzen nichts unternommen werde. Zur Wahrheit gehöre, Nordrhein-Westfalen sei hier immer Vorreiter, Motor gewesen. Es sei das erklärte Ziel gewesen, dies mit den anderen Bundesländern bundesweit einheitlich zu gestalten. In anderen Bundesländern gebe es viele SPD-geführte Landesregierungen, die da hätten tätig werden können. Nordrhein-Westfalen sei Vorreiter auf diesem Gebiet und werde dies in den nächsten Monaten weiter voranbringen.

Sie begrüße es, dass an die Stipendienprogramme angeknüpft werde, dass diese evaluiert und gegebenenfalls weiterentwickelt werden sollten. Dies sei ein wichtiges Signal an alle Kulturschaffenden.

Ein wichtiger Fokus in der Kulturpolitik liege auf den Kindern und Jugendlichen. Die Äußerungen ihrer Vorredner hierzu unterstütze sie. Hierzu gebe es bereits Programme, die nun weitergeführt würden. Hierbei habe man die Musikschulen durchaus im Blick. Sie finde es wichtig, dass man die Situation der Lehrer an den Musikschulen strukturell verbessern und den Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erhöhen wolle.

Darüber hinaus sei es wichtig, auf die Gegenwartsthemen Nachhaltigkeit, Klimaneutralität, Diversität und Digitalisierung einzugehen. Dies stehe bereits im Koalitionsvertrag. Sie finde es smart und sinnvoll, dass durch eine Schaltstelle Hilfestellung gegeben werden solle. Die Ministerin habe angekündigt, dass in 2023 ein Konzept hierzu vorgelegt werden solle.

Für 2023, wirft **Andreas Bialas (SPD)** ein.

Dies, so **Heike Wermer (CDU)** weiter, werde dann auch in 2023 greifen. Würde die Ministerin ein solches Konzept jetzt schon vorlegen, dann würde kritisiert, dass dies ein Schnellschuss sei. Insofern sollte man dem Ministerium Zeit geben, das Konzept gründlich zu erarbeiten, um möglichst wenig Verbesserungsbedarf zu haben.

Es sei der Vorwurf erhoben worden, dass in der kleinen Regierungserklärung viele Sachen unscharf geblieben seien. Der Abgeordnete Bialas habe den Koalitionsvertrag gelobt. Dies nehme sie natürlich freudig zur Kenntnis. Die Unschärfe sei doch dem geschuldet, dass die kleine Regierungserklärung für fünf Jahre und nicht nur für das nächste Jahr gelten solle. Dementsprechend finde sie es legitim, dass man erst einmal

die Themenblöcke grob benenne, damit jeder die einzelnen Schwerpunkte kenne. Dann sei es am Parlament, diese Schwerpunkte zu definieren. Hierfür habe die Ministerin quasi Spielraum gelassen.

Sie begrüße es, dass sich die Ministerin zur freien Szene bekannt habe, dass diese weiter unterstützt werden solle.

Bürokratieabbau sei sicherlich allen wichtig. Dies könne man nur lobend zur Kenntnis nehmen. Hier sei man natürlich gefragt, genau hinzuschauen, wo und wie Bürokratie abgebaut werden könne.

Dass Kulturräume geschützt und neu geschaffen würden, finde sie wichtig. Diesbezüglich begrüße sie, dass die Landesbauten mit in den Blick genommen würden.

Darüber hinaus sei es ihrer Fraktion ein wichtiges Anliegen, dass das Förderprogramm „Dritte Orte“ ausgeweitet und fortgeschrieben werde. Dies sei in den letzten Jahren ein tolles Programm gewesen, das es möglich mache, Kultur niedrigschwellig vor Ort in den Kommunen zu vermitteln.

Frank Jablonski (GRÜNE) betont, selbstverständlich würden gute Projekte, die in den letzten Jahren entstanden seien, fortgeführt. Er bedanke sich beim Abgeordneten Pfeil für den konstruktiven Beitrag. Die Grünen hätten nie die Kulturpolitik der letzten Jahre in Bausch und Bogen verurteilt, kritisiert oder Ähnliches, sondern versuche weiterhin, mit allen demokratischen Parteien im Konsens den Kunst- und Kulturbetrieb in NRW weiterzubringen.

Den Beitrag des Abgeordneten Bialas finde er bemerkenswert. Es sei ein wilder Ritt durch ganz viele verschiedene Bereiche gewesen. Er habe damit begonnen, dass man nicht nach Berlin schielen solle, und dann das Bürgergeld thematisiert, ein Thema, das im Kulturausschuss nichts zu suchen habe. Darüber hinaus habe er den Altschuldenfonds angesprochen, der im Kommunalausschuss behandelt werde, und die energetische Sanierung, dabei wisse er doch ganz genau, dass, wenn man mit dem Kulturetat in Höhe von 323 Millionen Euro die energetische Sanierung aller Kulturinstitutionen in NRW fördern wolle, dieser innerhalb von 44 Stunden leer wäre. Dies sei nicht der Beritt des Kulturausschusses. In diesem Ausschuss sollte das gemacht werden, was im Kulturbereich gemacht werden könne. Dafür habe die Ministerin sehr gute Schwerpunkte vorgelegt. Dabei handele es sich um eine sehr konsequente Umsetzung des Koalitionsvertrags. Herr Bialas habe recht, wenn er sage, ohne Kultur sei alles nichts, aber nicht alles, was hier behandelt werde, sei Kultur.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die soziale Gerechtigkeit. Programme wie „JeKits“, „Kulturrucksack“ etc. betrachte man nicht nur als Teil einer kulturellen Teilhabe, sondern als etwas, womit soziale Gerechtigkeit hergestellt werden solle, und zwar in ganz NRW.

Er finde es nicht in Ordnung, vor dem Hintergrund des höchsten Kulturetats, den es in NRW jemals gegeben habe, davon zu sprechen, dass Kultur in NRW bei dieser Landesregierung nicht mehr den Stellenwert besitze wie in den letzten Jahren. Es gebe einen Zuwachs von über 5 Millionen Euro. Natürlich wäre man froh gewesen, wenn dieser höher ausgefallen wäre, aber man wisse auch, dass es in anderen Bereichen

harte Einsparungen gebe. Der Kulturbereich werde an diesen Einsparungen nicht beteiligt, sondern mit der Erhöhung werde Sicherheit und Stabilität für die Kunst- und Kulturszene erreicht. Die Rückmeldungen gingen genau in diese Richtung.

Ministerin Ina Brandes (MKW) legt dar, es handele sich um den höchsten Kulturhaushalt in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Daraus könne abgeleitet werden, dass das Land ein sehr verlässlicher Partner für die Kulturszene in Nordrhein-Westfalen sei.

Es gebe im Koalitionsvertrag, in der kleinen Regierungserklärung und auch in dem vorliegenden Haushaltsplan für 2023 ein klares Bekenntnis zur Ausfinanzierung der laufenden Programme, die man für sinnvoll und notwendig halte. Insofern gebe es keinen Anlass, in dieser Hinsicht Unsicherheiten zu schüren.

Gemeinsam mit allen Bundesländern habe man sich auf den Weg gemacht, das Thema „Gagenuntergrenze“ anzugehen. Die Konferenz der Kulturministerinnen und Kulturminister habe eine Expertengruppe beauftragt, eine Matrix zur Findung der Gagenuntergrenzen zu erstellen. Diese Matrix sei in der Oktober-Sitzung vorgelegt worden, und die Länder seien gebeten worden, in der eigenen Zuständigkeit die Umsetzung zu erarbeiten. Nordrhein-Westfalen gehöre zu den Ländern, die das mit großer Energie täten. Man sei jetzt dabei, mit allen Verbänden und Beteiligten ein geordnetes Verfahren zu machen, denn es gehe ja hier darum, allen, die damit zu tun hätten, Klarheit und Sicherheit im Verfahren zu geben, beispielsweise den Kommunen, mit denen man häufig gemeinsam Angebote finanziere. Insofern sei es wichtig, dass diese mit an Bord seien.

Mit einem Teil des Aufwuchses in 2023 werde man finanzieren, dass die Einhaltung der Honoraruntergrenzen nicht zu einer Reduzierung des Angebots führe, sodass man auch hier verlässlich sei.

Er nehme dem Abgeordneten Bialas ab, dass er etwas zur Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern tun wolle. Hierzu sollte aber die Thematik des Bürgergelds verlassen werden und man sich dem Problem zuwenden, das man in Bezug auf die Künstlerinnen und Künstler tatsächlich habe, nämlich die Künstlersozialkasse, die keine Absicherung für Phasen von Beschäftigungslosigkeit vorsehe. Dort sei aus ihrer Sicht Ort und Gelegenheit, tatsächlich etwas für Künstlerinnen und Künstler zu tun, indem man eine Reform anstrebe, die eine Art Kurzarbeitergeld für Künstlerinnen und Künstler vorsehe. Dies müsse natürlich anders heißen, aber die Logik wäre eine ähnliche. Dafür sei das Bundesarbeitsministerium zuständig. Im Moment erkenne man noch nicht – mit „man“ meine sie sämtliche Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder inklusive der BKM –, dass es da die letzte Entschlossenheit gebe, dieses Thema anzugehen. Dies sei neben der Gagenuntergrenze der Bereich, wo man wirklich für eine konsequente soziale Absicherung der Künstlerinnen und Künstler sorgen könne.

Es sei gefragt worden, wie hinsichtlich der Energiepreise die Einrichtungen unterstützt werden könnten. Sie rede jetzt nicht über die Kosten, sondern über die organisatorische und inhaltliche Unterstützung. Das Ministerium sei mit den Landschaftsverbänden dabei, eine Energieberatung aufzusetzen, die in Kürze an den Start gehen werde,

bei der sich alle Einrichtungen mit ihren Fragen melden könnten und entsprechende Unterstützung bekämen.

Der Ausschuss für Kultur und Medien sei einer der wenigen Ausschüsse, in dem das Thema „Grundschullehrerausbildung“ eigentlich nicht behandelt werde. Sie werde trotzdem auf die gestellte Frage antworten, weil sie dafür zuständig sei. Bekanntlich seien im Haushalt 6 Millionen Euro für zusätzliche Lehramtsstudienplätze veranschlagt worden. Dies sei das Bekenntnis, dass etwas getan werden müsse. Das konkrete Konzept, wie dem Lehrermangel nachhaltig entgegengewirkt werde, werde natürlich die Schulministerin vorlegen.

Gewundert habe sie die Frage, wie man Kinder und Jugendliche zu Beteiligten und zu Kunstschaffenden mache. Nach ihrer Wahrnehmung hätten alle Projekte in diesem Bereich, also „JeKits“, „Kulturrucksack“, „Kultur und Schule“, und die Musikschuloffensive genau das zum Inhalt. In der laufenden Legislaturperiode könne auf diese sehr gute Arbeit aufgebaut werden.

Den Bürokratieabbau habe sich in der Tat die Koalition vorgenommen, was die Landesregierung natürlich sehr gerne umsetzen wollen. Im Kulturgebetsbuch sei festgeschrieben, dass zu Beginn der Legislaturperiode mit den Kulturschaffenden des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam eine Konferenz abgehalten werde, in der man sich über die Schwerpunkte verständige und die Umsetzung berate. Dies werde Anfang des kommenden Jahres der Fall sein.

Es sei bemängelt worden, dass man nicht über Erinnerungskultur gesprochen habe. Dies habe sie heute Morgen im Hauptausschuss getan, wo es auch hingehöre. Ein wesentliches Projekt in diesem Zusammenhang sei natürlich das Stalag 326, zu dem sich der Koalitionsvertrag ja auch bekenne und für das man zusätzliche Mittel in den Haushalt 2023 eingestellt habe, um in die Umsetzung zu kommen.

Zu den sonstigen Projekte, die angesprochen worden seien, wolle sie gerne einen Sachstand geben.

Bezüglich des OWL-Forums sei in der Region entschieden worden, das Projekt zu schieben. Diese Entscheidung habe man zur Kenntnis genommen, gleichzeitig aber das Bekenntnis dazu abgegeben, dass, wenn die Region das Projekt wieder aufnehmen wolle, man es weiterhin für sinnvoll halte und an der Seite der Region stehe.

Bezüglich des Deutschen Fotoinstituts weise sie darauf hin, dass heute die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages stattfinde. Sie habe wiederholt gesagt, dass die Mittel, die aktuell im Bundeshaushalt für dieses Bundesinstitut zur Verfügung gestellt worden seien, nicht ausreichen, um das umzusetzen, und in Gesprächen mit den Haushältern im Bund, aber auch mit der BKM darum gebeten, diese Mittel zu erhöhen. Es werde nun auf die Entscheidung gewartet.

DOMiD sei in der Umsetzung und laufe.

Das Pina Bausch Zentrum habe kurz vor Weihnachten den Termin für die Präsentation der architektonischen Konzepte. Insofern sei auch das auf dem Weg.

Herr Pfeil habe die Frage gestellt, wie man das Publikum zurückgewinne. Diese Frage beschäftige die Politik natürlich derzeit intensiv. Sie bitte aber darum, dies differenziert

und konstruktiv zu beraten, denn es stelle sich so dar, dass es in keiner Weise eine vergleichbare Situation in den verschiedenen kulturellen Einrichtungen gebe. Das Gegenteil sei der Fall. Es gebe kulturelle Einrichtungen, wo jede Veranstaltung, die im Moment stattfindet, ausverkauft sei, und zwar ausnahmslos, beispielsweise im Konzerthaus Dortmund und die lit.COLOGNE. Daneben gebe es Einrichtungen, wo das in keiner Weise der Fall sei. In der Tat habe sich das Publikumsverhalten geändert, es werde kurzfristiger entschieden, wohin man gehe, weil in Zeiten der Pandemie den Leuten etwas abgewöhnt worden sei, langfristig zu planen. Darüber hinaus seien die Leute aufgrund der Energiepreise vorsichtiger damit, Geld auszugeben.

Ob eine Veranstaltung angenommen werde, habe viel damit zu tun, wie Programme konzipiert seien, wie gut man wisse, was das Publikum sehen wolle. Viele Veranstalter sagten ihr, dass inzwischen sehr viel davon abhängt, wie gut man mit Digitalität, in dem Zusammenhang vor allen Dingen mit Künstlicher Intelligenz zur Ermittlung von Publikumsvorlieben, umgehen könne, was zum Beispiel die Veranstalter der lit.COLOGNE sehr intensiv und sehr gut machten, weswegen sie so erfolgreich seien. Aus ihrer Perspektive sei also die Antwort auf diese sehr vielschichtige Thematik nicht eine pauschale Erhöhung der institutionellen Förderung. Dies sei sogar das Gegenteil der Antwort. Bei aller freundschaftlichen Zusammenarbeit wundere es sie, dass dieser Vorschlag ausgerechnet von der FDP komme.

Sie glaube auch hier an einen Markt. Man tue sehr viel, um die Kultur zu unterstützen. Dies werde man auch in Zukunft tun. Man sehe aber auch, dass es Konzepte gebe, die sehr viel erfolgreicher seien als andere. Die Aufgabe werde erst einmal sein, aus dem zu lernen, was erfolgreich sei, und zu versuchen, das auf die gesamte nordrhein-westfälische Kulturszene zu übertragen. Das sei noch nicht die ganze Antwort, was auch daran liege, dass das Problem vor dem Hintergrund der Dynamik in der Energiekrise noch beweglich sei, aber sie würde es begrüßen, wenn es hierzu in der nächsten Zeit einen konstruktiven Dialog gäbe, weil sie für jeden Hinweis dankbar sei, was funktioniere und was nicht funktioniere und wie das übertragbar sei, denn alle gemeinsam hätten das Interesse, die kulturelle Landschaft in Nordrhein-Westfalen nicht nur zu erhalten, sondern sie weiter zu stärken.

Dr. Werner Pfeil (FDP) betont, seine Ausführungen gingen nicht in die Richtung, eine planwirtschaftliche Förderung in irgendeiner Art und Weise auf den Weg zu bringen, sondern er sehe es genau wie die Ministerin. Es gebe unterschiedlichste Bedürfnisse, und zwar Häuser, die kein Problem hätten, aber auch Spielstätten und Kulturbereiche, die, wenn man da nicht aktiv werde, komplett verloren gingen. Darüber müsse gesprochen werden. Es gebe Nachwirkungen von Corona und Nachwirkungen davon, dass Bürgerinnen und Bürger vorsichtiger damit seien, Geld auszugeben. Wenn das einfach so hingenommen werde, dann werde in einem Jahr ein Großteil kleinerer Kinos, Spielhäuser oder sonstiger Bereiche nicht mehr existieren. Wenn man das wolle, sei es okay, aber man müsse darüber sprechen. Dies habe er damit sagen wollen.

6 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig darauf, den TOP in der nächsten Sitzung zu behandeln.

7 Verschiedenes

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig darauf, den TOP
in der nächsten Sitzung zu behandeln.

gez. Christina Osei
Vorsitzende

Anlage

16.11.2022/17.11.2022



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende des Ausschusses
für Kultur und Medien
Frau Christina Osei

- per E-Mail -



INA BLUMENTHAL
Medienpolitische Sprecherin

ANDREAS BIALAS
Kulturpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884.2742
EMails:
ina.blumenthal@landtag.nrw.de
andreas.bialas@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

28. Oktober 2022

Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung am 10.11.2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Fraktion des Landtags NRW beantragen wir folgenden Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses Kultur und Medien am 10. November 2022:

Berichtsbitte: Wie setzt sich die Landesregierung für die medienrechtlichen Interessen NRW im Gesetzgebungsprozess des European Media Freedom Act ein?

Die Europäische Kommission hat am 16. September 2022 einen Entwurf für das Europäische Medienfreiheitsgesetz (European Media Freedom Act) vorgelegt. Der Vorschlag dient u.a. dem Ziel, die Medienfreiheit, den Pluralismus und die journalistische Unabhängigkeit öffentlicher und privater Medien zu sichern. Der Vorschlag beinhaltet auch die Etablierung eines Kontrollgremiums auf EU-Ebene. Dies kollidiert mit den Medienordnungen der Länder. Bitte gehen Sie bei der Beantwortung der Frage auch auf folgende Punkte ein:

- Ist die Landesregierung bereits aktiv geworden und wenn ja, wie? Wenn nein, was ist geplant? Bitte differenzieren Sie hier nach den unterschiedlichen Ebenen (Bund / EU) und Formaten, d.h. formale Formen der Interessensvertretung und informelle, wie etwa Gespräche?
- Welches Ziel verfolgt die Landesregierung in den anstehenden Debatten und Verhandlungen, d.h. mit welchen Formulierungen im Gesetzestext wäre sie einverstanden, und wie will sie dieses Ziel erreichen?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen
Ina Blumenthal, medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion &
Andreas Bialas, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion